

Herborner Tageblatt.



Herborner Anzeiger.

Amtsblatt der Stadt Herborn.

Herborner Zeitung.

Erscheint an jedem Werktag.

Bezugspreis: Monatlich 2.50 Mk. ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag:

J. M. Beck'sche Buch- und Kunstdruckerei, Herborn.

Inserate: Die mm-Seite 25 Bfg.

Februar 20. — Postcheckkonto: Frankfurt, M. No. 17518.

Nr. 126

Herborn, Dienstag, den 1. Juni 1920.

77. Jahrgang.

Die Freikorps.

Bis zum 31. Mai sollten sie alle aufgelöst sein, die Scharen der Männer, die, als die Not des Reiches am größten war, sich freiwillig zum Kampf anboten, um unter der Führung im Kriege bewährter Offiziere die immer noch bedrohten Grenzen zu sichern und im Innern neuaufliegende Umsturzgeister niederzubalgen. Am 31. Mai — so hatte die Regierung es befohlen, teils um den Anforderungen des Friedensvertrages nachzukommen, teils um den inneren Druck zu vermindern, der die Gemüter auf der rechten wie auf der linken Seite nicht zur Ruhe kommen lassen wollte.

Aber auch hier kam ein starker Widerspruch zwischen Willen und Werk. Die Regierung befahl, doch nicht alle gebrochen, und je tiefer die Überzeugung sich festsetzte, daß wir so oder so, früher oder später neuen Unruhen entgegengehen, desto heftiger sperrten sich die eigenwilligeren Elemente in den Freikorps gegen die Summation, nun einfach ihre Sachen zu packen und nach Hause zu gehen. Nach Hause zu gehen auch auf die Gefahr hin, daß nachher die andern kommen und Regierung und Volk ganz und gar ihrem Willen unterwerfen würden. Man fand sich, außerordentlich natürlich, zu geheimen Besprechungen zusammen, sammelte die Gleichgesinnten, machte Schwierigkeiten, wo und wie sie sich nur ersinnen ließen, machte Schwierigkeiten, die Gründung eines „Frontbundes“ eine Art Freikorpsverband ins Leben zu rufen, der für alle Fälle zur Verfügung stehen sollte.

So weit waren die Dinge gediehen, als der Reichspräsident einzugreifen für notwendig hielt. Den allgemeinen Belagerungszustand hat er zwar eben erst, einem Beschluß der Nationalversammlung entsprechend, in der Beamtenschaft aufgehoben, aber nur, um ihn jetzt gegen die Freikorps erneut zu verhängen, und zwar gemäß Artikel 48 Absatz 2 der Reichsverfassung, mit der sich so ziemlich alle Blößen des parlamentarischen Regierungssystems zudecken lassen. Sicherheit und öffentliche Ordnung müssen gewahrt, die Bevölkerung muß vor Beunruhigung geschützt werden, und wo die ordentlichen Mittel der Verfassung dazu nicht ausreichen, müssen außerordentliche herangezogen werden. So bedroht denn die Verordnung des Reichspräsidenten die Anforderungen an frühere oder derzeitige Angehörige der Freikorps zu vereintem Ungehorsam oder gewaltsamem Widerstand gegen Anordnungen der zuständigen Behörden, insbesondere gegen Anordnungen über Auflösung, Verringerung und Umgliederung der bestehenden Verbände, ebenso den Widerstand gegen solche Anordnungen mit Zuschuß bis zu fünf Jahren. Die gleiche Strafe soll aber auch denjenigen treffen, der es unternimmt, ohne Genehmigung der zuständigen Stellen Personen zu Verbänden militärischer oder polizeilicher Art zusammenzuschließen, oder an solchen Verbänden teilnimmt. Bei milderen Umständen wird Gefängnisstrafe zugelassen. Nach Bedarf sollen zur Aburteilung von Straftaten dieser Art außerordentliche Gerichte eingesetzt werden.

Es, wie man sieht, ein wichtiger Schlag gegen das gefährliche Koalitionsrecht, ein scharfer Dorn gegen alle aufliegenden Elemente, die sich in die Notwendigkeiten unserer traurigen Lage partout nicht finden können. Mit einem Federstrich werden neue Straftaten geschaffen und mit härteren Justizstrafen belegt, die in den allgemeinen Gesetzen des Reiches keine Grundlage finden. Man muß sich um der Gerechtigkeit willen, in die Lage derjenigen Männer hineinversetzen, die von dieser neuesten Verordnung des Reichspräsidenten in erster Reihe betroffen werden, um ihre Empfindungen zu würdigen. Man wird aber auf der anderen Seite der Regierung auch die Berechtigung zugeben müssen, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß ihre militärischen Anordnungen widerspruchsfrei zur Ausführung gelangen. Auch wenn noch so schmerzliche Tatbestände dadurch geschaffen werden, wir sind nun einmal nicht mehr Herren unseres Schicksals und müssen, so weit wir können, tun, was der unselige Friedensvertrag uns auferlegt.

Ein Jammer ist es nur, daß um diese selbstverständliche Pflicht unter den Parteien und Ständen unseres Volkes immer erst wieder neue brudermörderische Kämpfe entzündet, daß wir es nicht über uns gewinnen können, still und schlicht die Entscheidungen zu fassen und auszuführen, von denen uns keine Macht der Erde bis auf weiteres befreien kann.

Eine andere Frage ist es, ob der zweite Teil der Verordnung, der lediglich den ungenehmigten Versuch zu Verbänden militärischer oder polizeilicher Art unter Strafe stellt, auf allgemeine Zustimmung rechnen darf. Es macht fast wie Ironie in der Geschichte an, daß hier eine überwiegend sozialistisch orientierte Regierung in dieser Weise dem Koalitionsrecht zu Leibe geht, während doch sonst die radikalen Parteien das Koalitionsrecht stets und ständig als ein unantastbares Volksrecht verteidigt haben. Es kommt hinzu, daß Verbände der bezeichneten Art bekanntlich schon in mehr als hinreichender Zahl bestehen, und daß nach allen Erfahrungen, die wir gemacht haben, ohne dazu kommende Selbsthilfe heutzutage von keiner Regierung etwas zu erwarten ist. Die Mitglieder der aufgelösten Freikorps geben unabweisbar die Aussicht auf eine ungewissen Zukunft entgegen; wenn sie sich gegen diesen ungewissen Zukunftsweg nicht wenden wollen, so bedeutet es eine unverdiente Grausamkeit, sie daran zu hindern zu wollen. Auch aus dem Grunde muß ihre Organisation als notwendig anerkannt werden, weil die Arbeiterbevölkerung ihnen in ganz besonderem Maße feindselig gesinnt ist. Man kennt ja die Agitation, die in Anknüpfung an das übliche Kofewort „Kofewort“ seit langem überall im Lande im Gange ist und weiß, zu welchen Erfolgen sie geführt hat. Deshalb kann man nur dem Reichspräsidenten in das Reich hinausgehen sehen. Er kann Gefahren herausbeschwören, die vor dem Gewissen der Nation nur schwer zu verantworten sind.

Es wird eine der ersten Aufgaben des neuen Reichstages sein, die Notwendigkeit und die Berechtigung dieser Verordnung nachzuprüfen.

Der Irrtum des Waffenstillstands-Angebots.

Am Ende eines längeren Betrachtung der „Liquidation des Weltkrieges“ schreibt General Groener im Maiheft der „Preussischen Jahrbücher“:

Gegen Ende September begann eine neue feindliche Offensive in der Champagne und den Ardennen, gemeinsam von Franzosen und Amerikanern, während die Engländer außer der Front Arras—St. Quentin nun auch in Flandern angriffen. Der Frontalangriff nahm mehr und mehr an Ausdehnung zu, und der Zeitpunkt war nicht mehr fern, wo ein allgemeiner Angriff des Feindes mit umfassender Tendenz auf beiden Flügeln sich herausbilden mußte. Das deutsche Heer ohne Reserven geriet alsdann in schwerste Bedrängnis. Auch der Durchbruch an dieser oder jener Stelle schien unmittelbar bevorzustehen. In dieser Lage brach der Gedanke sich Bahn, daß es höchste Zeit sei, dem Kampfe ein Ende zu machen, um den Bestand des Heeres zu retten. Ein Waffenstillstandsangebot wurde als geeignet angesehen. Darin lag ein Widerspruch; allerdings konnte der Kampf dadurch beendet werden, ob aber der Bestand des Heeres damit zu retten war, blieb doch höchst fraglich, denn daran hatte der Feind, auf dessen Absichten und Willen es beim Abschluß eines Waffenstillstandes ankam, nicht das allermindeste Interesse. Auch waren die Inkompatibilitäten nicht zu übersehen, die im Gefolge eines solchen Schrittes unausbleiblich waren. Der Zeitpunkt war höchst ungünstig, weil das Heer mitten in einer Bewegung begriffen war, die ein allgemeines Frontmachen zum Kampfe nicht erlaubte. Im übrigen hatte der Feind keinen Anlaß, mit dem Abschluß des Waffenstillstandes sich zu beeilen; im Gegenteil, wenn dem deutschen Heere schars an der Klinge geblieben wurde, so konnte es leicht gelin, gleichzeitig mit ihm die Meise zu überschreiten. Wohl leicht konnte sogar zugunsten den Deutschen noch eine Katastrophe bereitet werden. Kein Feind wird sich eine solche Aussicht gern entgehen lassen.

Aber auch politisch war das plötzliche Waffenstillstandsangebot höchst gefährlich, da das eigene Volk und Heer nicht im mindesten darauf vorbereitet waren. Von der Bestürzung zur Panik ist nur ein kleiner Schritt; es läßt sich eben das Steuer der öffentlichen Meinung nicht plötzlich herumlegen; eine solche gewaltige Aenderung des politischen Kurses, wie sie nach vierjähriger Siegeshoffnung in dem völlig unerwarteten Waffenstillstandsangebot lag, bedurfte der vorsichtigen politischen Einsteuerung seitens des Staatsmannes.

So hat sich in der Tat die Idee des Waffenstillstandes, um den Bestand des Heeres zu retten, als ein Irrtum herausgestellt. Es wäre besser gewesen, dem Staatsmann frühzeitig mit dürren Worten zu sagen: „Der Krieg ist verloren, sieh' zu, wie Du Frieden machst.“ Das Heer aber mußte, so gut oder so schlecht es ging, ohne viel Aufenthalt hinter einen verteidigungsfähigen Abschnitt zurückgeführt werden, hinter dem es wieder Front machen und zur Abwehr sich ordnen konnte.

Mies überreichte Waffenstillstandsangebot, das der widerstrebenden Regierung durch die Oberste Heeresleitung mit geradezu dramatischer Eindringlichkeit aufgezwungen wurde, war die letzte der verhängnisvollen Verzweiflungsstaten des Generals Ludendorff. Nach dieser Bankrotterklärung mußte Deutschland zusammenstürzen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

➔ **Nachklänge zu den Märzunruhen im Ruhrrevier.** Nach den von den Kommissaren der Reichsregierung im Ruhrgebiet vor einigen Tagen getroffenen Feststellungen ist die Zahl der wegen Beteiligung an den Märzunruhen verhafteten Personen beträchtlich zurückgegangen. So hat sich in Wesel die Gesamtzahl der Untersuchungsgefangenen von etwa 700 auf 246, in der Gefangenenanstalt Dortmund von etwa 200 auf 50 verringert. Die Nachprüfung, inwieweit in Ermittlungssachen weitere Haftentlassungen gerechtfertigt sind, schreitet fort; danach ist mit einer weiteren Verringerung der Zahl der in Haft befindlichen Personen zu rechnen. Soweit Verurteilungen vorliegen, hat der Reichspräsident in einer beträchtlichen Zahl von Fällen von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht.

➔ **China ratifiziert nicht!** Aus Peking wird gemeldet, daß China den Versailler Vertrag nicht unterzeichnet hat wegen der Artikel, die die deutschen Rechte auf Schantung an Japan übertragen. Aus diesem Grunde lehne es China ab, mit Japan Verhandlungen über Schantung einzuleiten. Denn diese Verhandlungen würden die Anerkennung der betreffenden Artikel bedeuten. Zu dem japanischen Anerbieten, seine an der Schantungbahn postierten Truppen zurückzuziehen, bemerkt China, daß es selbst vollkommen in der Lage sei, den Schutz dieser Linie auszuüben, und daß überdies Deutschland nie das Recht gehabt noch sich genommen habe, an dieser Linie Truppen zu halten.

➔ **Die „Sittenreinheit“ der Negertuppen.** Der Oberkommandierende der französischen Rheinarmee, General Degoutte, hat einen Tagesbefehl erlassen, in dem er nach einem Dank an die senegalesische Brigade, die die Rhein-

armee vertrete, weil sie zu einer Vertrauensmission auf ein ausgedehntes Operationsgebiet (Senegal) berufen sei, erklärt, die Truppe habe sich in den besetzten Gebieten durch Herzlichkeit und Einfachheit die Sympathie aller Bewohner erworben, die mit ihr in Berührung gekommen seien. Der gehässige Feldzug gegen alles, was französisch sei, könne nie nicht verübt werden; die Senegalesen könnten mit Stolz ihre Sittenreinheit (S) und ihr hohes Pflichtgefühl als Weisen und Soldaten ins Feld führen gegenüber den perfiden Anklagen von Deuten, die so leicht die Schreden vergäßen, deren sie sich in Afrika wie in Frankreich und Belgien schuldig gemacht hätten. Das „Echo du Rhin“, das diesen Tagesbefehl veröffentlicht, betont aus diesem Anlaß, daß die Abberufung der Senegal-Brigade vom Rhein keine Folge der deutschen Campaigne gegen die schwarzen Truppen sei.

➔ **Ermordung eines Amerikaners durch die Franzosen in Oberschlesien.** In Beuthen O.S. hielten die Franzosen am Ring die elektrische Straßenbahn an und rissen den im Wagen befindlichen amerikanischen Staatsangehörigen Heide, der kurzzeitig in Oberschlesien Vorträge hielt, heraus. Während die Franzosen vor dem Hotel Kommitz mit Heide verhandelten, fiel von der französischen Wache im Kommitz-Hotel plötzlich ein Schuß, durch den Heide, ins Herz getroffen, getötet wurde. Trotzdem die Erregung unter der Bevölkerung noch sehr stark ist, ist es zu Ausschreitungen bislang nicht gekommen.

➔ **Die Polonisierung Polens.** Nach Meldungen aus Polen soll nunmehr die endgültige Bereinigung der Polen angefallenen Teile der Provinz Polen mit Kongregatopolen und Galizien erfolgen. Damit sind die Hoffnungen der Polen, in Anbetracht ihrer besonderen kulturellen Verhältnisse eine gewisse Autonomie innerhalb des polnischen Staates zu behalten, endgültig gescheitert.

Frankreich.

➔ **Deschanel's seitwärtige Krankheit.** Der Vauver „Matin“ erklärt, man müsse befürchten, daß der Gesundheitszustand des Präsidenten Deschanel ihm eine längere Ruhepause auferlegen werde. Der Präsident sei überarbeitet und auch die Passivität seiner konstitutionellen Rolle habe bei ihm einen Zustand der Depression geschaffen. Das Blatt sagt, die Ärzte schienen zu glauben, daß eine längere Anspannung weitab von jeder Sorge um die Staatsgeschäfte notwendig wäre, um eine Entspannung herbeizuführen. Man hoffe jedoch noch, und alle Franzosen seien darin einig, daß eine baldige Wiederherstellung Deschanel's dem Lande die Möglichkeit einer Präsidentenkrise ersparen könne. — Man erinnert sich, daß auch Herrn Wilson's Krankheit als Depression bezeichnet wurde.

Polen.

➔ **Minist' gefallen!** Nach Meldungen aus Warschau ist die Stadt Minsk seit einigen Tagen in Händen der Bolschewisten. Zwischen Danaburg und Minsk ist eine neue russische Armee im Anmarsch mit der Richtung Wilna. — Die Offensive der gegenrevolutionären Armee soll nunmehr begonnen haben. General Stanow hat mehrere Städte am Nordufer des Kasowischen Meeres erobert.

Griechenland.

➔ **Vertreibung von Dedeagatsch.** Starke griechische Streitkräfte haben Dedeagatsch und Gümüşhacina ohne Zwischenfall besetzt. Gegen die bulgarische Grenze sind starke Dedegatschstruppen im Anmarsch. Andere Truppen sind bei Kerdsheli mit Komitatshis und bulgarischen Truppen zusammengestoßen; ein bulgarischer Soldat ist verwundet, ein anderer gefangen genommen worden.

Türkei.

➔ **Kämpfe mit den Nationalisten.** In der Gegend von Uzar, Dulbe und Bolu dauern hartnäckige Kämpfe zwischen Regierungstruppen und nationalistischen Streitkräften unentfesselt fort. — Die türkische Friedensdelegation hat in einer Note eine Verlängerung der Frist bis zum 11. Juli nachgesucht, um Gegenbemerkungen zu den Friedensvorschlägen zu machen.

Vom Tage.

Völkerbund und Abrüstung.

London. Aber die Abrüstungsvorschläge des Völkerbundes verlaute, daß für jeden einzelnen Staat entsprechend seiner strategischen Lage besondere Maßnahmen vorgehen sind.

Zur Auflösung der Freikorps.

Berlin. Der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, meldet aus Detmold, daß die Auflösung der dritten Marinebrigade und der Freikorps im Sennelager ihren Fortgang nehmen. Schwierigkeiten mache nur die wirtschaftliche Unterbringung der zahlreichen Leute.

Gegen den Frontbund.

Berlin. Der Reichswehrminister hat in Erwägung der Verfügung des Reichspräsidenten ein Verbot des Inhalts ergeben lassen, daß Angehörige der Reichswehr nicht dem Frontbund beitreten dürfen.

Deutschland und Brussilows Vormarsch.

Berlin. Im Reichswehrministerium beurteilt man die durch Brussilows Einmarsch in Polen geschaffene Lage so, daß mit dem Bestehen einer unmittelbaren Gefahr zwar nicht gerechnet wird, daß aber alle Vorkehrungen getroffen sind, um etwaigen Gefährdungen der Grenze zu begegnen. Anlaß hat das Reichswehrministerium zu der Situation noch nicht Stellung genommen. Nur im engeren Kreise der höheren Beamten und Offiziere ist unverbindlich eine Aussprache über die durch den russisch-polnischen Waffengang geschaffenen Lage gepflogen, und sind die nötigenfalls erforderlichen Maßnahmen ins Auge gefaßt worden.

Ein gemäßigter dänischer Arbeiterführer.

Apenrade. Der dänische Arbeiterführer Stauning wollte dieser Tage nach der ersten Zone reisen, um mit den dortigen sozialdemokratischen Organisationen Fühlung zu nehmen. Die interalliierte Kommission hat ihm aber das Passivum verweigert. Die dänischen Volkstiler haben bisher ungehindert die Reise nach der ersten Zone antreten können.

× Ein französisches Heer zur Unterstützung der Polen. In Berliner diplomatischen Kreisen wird der „S. 3.“ zufolge mit Bestimmtheit berichtet, daß Frankreich den Polen eine beträchtliche Armee — man spricht von etwa 100 000 Mann — zur Hilfe schicken werde. Diese Hilfstruppen sollen ausschließlich aus Kolonialsoldaten bestehen und die polnische Front sowohl von Norden als auch von Süden her unterstützen.

× Die bedrohten Gutsbesitzer. Die Bedrohung von Leib und Leben und Eigentum der mecklenburgischen Gutsbesitzer hat nach verschiedenen zuverlässigen Nachrichten, die in Berlin eingelaufen sind, einen so ernstlichen Umfang angenommen, daß bereits 7 Gutsbesitzer mit ihren Familien ernsthaft auf eine Flucht bedacht sind, oder sogar schon ihre Güter verlassen haben.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Markt.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, dänische, österreichische oder ungarische Kronen, schwedischer und französischer Franc und Lire sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ = angeboten; „Geld“ = gekauft.)

Börseplätze	31. 5.		29. 5.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Dolland . . . Gulden	1388,00	1361,40	1448,50	1451,80	170 Mt.
Dänemark . . . Kronen	636,80	638,20	649,30	650,70	112
Schweden . . . Kronen	—	—	699,30	700,70	72
Amerika . . . Dollar	87,20	87,80	89,20	89,30	4,40
England . . . Pfund	145,85	146,15	153,85	154,15	20,20
Frankreich . . . Franc	—	—	294,70	295,30	80
Italien . . . Lire	219,75	220,25	228,75	230,25	80
Österreich . . . Kronen	28,97	29,03	29,47	29,53	85
Ungarn . . . Kronen	21,78	21,78	22,97	23,03	85

Berliner Produktverkehr. Amtlich festgestellte Preise der Berliner Produktbörse am 31. Mai: Hafer pro 1000 Kilogramm auf Abladung 2940—2900 Mark ab Station, in einem Falle 2840 Mark ab Schlesien. Tendenz ruhig.

Nichtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 170 bis 230 Mark, gelbe und grüne Erbsen 140—170 Mark, Belusfahen 100—110 Mark, Pferdebohnen 120—130 Mark, Bienen 80—90 Mark, Lupinen 55—63 Mark, Serradella 54—60 Mark, Bienenheu, Iose 23—24 Mark, Stroh, drachtgepreßt 13—14 Mark, gebündelt 11—12 Mark, Trockenschneid 80—83 Mark, Patent Steffen 100 bis 104 Mark.

* **Der Fehlbetrag der Reichsgetreidestelle.** Halbamtlich wird erklärt: Väter, verschiedenartigen Mischungen bringen in letzter Zeit Angriffe gegen die Reichsgetreidestelle, der Überführungswirtschaft mit ganz ungeheuren Beträgen vorzuziehen wird. Tatsächlich macht die Reichsgetreidestelle keine Überschüsse, muß aber ein Defizit von mehreren Milliarden decken, das aus der Einfuhr ausländischen Getreides stammt, welche ungeheure Reichszuschüsse erforderlich gemacht hat und noch erfordert. Vom 1. April bis 15. August d. J. sind für Verbilligungsalitionen 3 Milliarden Mark, in der Hauptsache für Brotgetreide, zur Verfügung gestellt. Die Schuld an der Protovorteuerung trifft die Verwendung ausländischen Wehles, welche sich leider angelehnt der Verhältnisse nicht umgehen läßt; die reinen Verwaltungskosten der Reichsgetreidestelle betragen etwa drei Pfennig für das Brot von 1900 Gramm.

* **Turch den großen Preissturz** in den letzten Tagen dürfte der Stadt Dresden ein Willkorenverlust infolgedessen entstehen, als sie die Hülsenfrüchte, die sie auf Lager hat und die auf 20 Millionen Mark geschätzt werden, für einen bedeutend geringeren Preis verkaufen muß, zumal auch die Nachfrage nach Hülsenfrüchten in den letzten Wochen wegen der frühen Frühlingsmüde sehr nachgelassen hat.

* **Reichliche Kartoffelzufuhren.** Die Chemnitzer Stadtkartoffelstelle veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Infolge reichlicher Kartoffelzufuhren dürfen sämtliche Kartoffelknechtler vom 29. Mai bis 1. Juni Kartoffeln marktfrei in beliebiger Menge zum Preise von 40 Bfg. für das Pfund verkaufen. Bestandsangaben sind bis auf weiteres überhaupt nicht mehr zu machen.

* **Amerikanischer Dampferdienst nach Deutschland.** Das amerikanische Schiffsamt überließ der United States Mail Shipping Company drei Dampfer mit einem Gesamttonnage von 98 121 Tonnen auf fünf Jahre für eine Heuer von 3 1/2 Dollar für die Nettoregistertonnen und den Monat. Die Schiffe sind für Linien nach Danzig und Bremen gechartert.

* **Die Pirmasenser Schuhindustrie.** Das Handlungsgremium Pirmasens schreibt: „Der Fabrikanten-Verein Pirmasens nahm das mit der Arbeiterschaft für den Monat Juni getroffene Ferien- und Erwerbslosen-Abkommen an. Es wurde festgestellt, daß nahezu sämtliche Schuhfabriken, Groß- und Mittelbetriebe am 1. Juni schließen. Auch die Mitglieder der beiden anderen Vereine werden, soweit sie nicht stillliegen, das gleiche tun, ebenso die Betriebe in Speyer und Zweibrücken. Die über 16- bis 17 000 Arbeiter der Pirmasenser und die 3- bis 4 000 Arbeiter der übrigen Pfälzer Schuhindustrie zeigen Verständnis für die Lage der Schuhindustrie, zumal das Pirmasenser Notstandsabkommen ihnen einigermaßen ein Existenzminimum bietet. Die Industrie, die bis zur Erschöpfung gearbeitet hat, wartet nun die Klärung der Lage ab und wird erst die Fabrikation aufnehmen, wenn der Bedarf stark einsetzt, also der Verbrauchsstück aufhört. Den Ausfall der Fabrikation wird man im Herbst spüren. Wenn die Lage auch schwer ist, so ist sie doch nicht so katastrophal, wie sie Schwindelnachrichten dargestellt haben.“

* **Das Angebot in Baumaterial** hat durch die Konjunkturwende stellenweise eine Veränderung erfahren. So wird, der „Frkf. Ztg.“ zufolge, z. B. im Frankfurter Bezirk von allen Seiten jetzt reichlich Zement angeboten. Da die Nachfrage für Privatbauten noch wie vor fehlt und der industrielle Bedarf sich im Zusammenhang mit der allgemeinen Lage verringert hat. Das gleiche gilt auch für Ziegelsteine. Die Vereinigte Ziegelfabrik G. m. b. H. in Frankfurt a. M., der etwa 30 Betriebe angehören, klagt über starke Absatzlosigkeit. Nachdem erst vor kurzem dank besserer Kohlenlieferung — für April-Mai wurde das vorgezeichnete Kontingent voll zu-

geteilt — 7 dieser Betriebe die Arbeit wieder aufgenommen hatten (vorher hatte man die Nachfrage lediglich mit den alten Beständen gedeckt) werde man, falls die Verhältnisse sich nicht bessern, im Juni wieder zur Stilllegung und Entlassung der Arbeiter übergehen müssen. Der Ziegelpreis beträgt zurzeit Mk. 500 pro 1000 Stück gegenüber einem Vorkriegspreis von Mk. 25.

* **Frankfurter Getreidebörse.** Die Börse vom Montag verlief sehr ruhig; die Preise zeigen keine Veränderung. Nur Hafer ist wieder zurückgegangen, nachdem die Reichsgetreidestelle ihre Käufe eingestellt hat. Bei der fehlenden Kaufkraft läßt sich greifbare Ware kaum unterbringen, obwohl Hülsenfrüchte vom Ausland zu den verlangten Preisen nicht zu kaufen sind. Heu und Stroh sehr ruhig.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 31. Mai.

* **Der Milchpreis** ist ab 1. Juni auf 1.50 Mk. pro Liter ab Stall festgesetzt.

* **Aus Herborn** bestanden am 31. Mai die Schneiderinnen Auguste Blanke, Helene Blanke, Frau Lina Daube, geb. Blanke und Frau Geiß ihr Meistereexamen mit sehr gut.

* **(Lahn-Dill-Gauspieltag.)** Nachdem die Vorkämpfe um die Meisterschaft des Lahn-Dill-Gaues im Fußball in den 4 Bezirken die besten Mannschaften gezeigt hatten, trafen sich dieselben Sonntag früh 8 Uhr auf dem Plage der Unteroffizierschule in Weilburg im Entscheidungskampf. Es traten an, für Unterlahn Diez, Mittellahn Billmar, Oberlahn Braunsfels, Dillbezirk Herborn. Westermar war nicht erschienen. Unter der Leitung des Gauspielwarts, Herrn Ferd. Jüngst, Herborn, wickelten sich die Kämpfe in muster-gültiger Weise ab. Die führenden Vereine zeigten durchweg vorzügliche Leistungen als Früchte eines regelmäßigen Spielbetriebes. Der Verteidiger der Meisterschaft in Klasse A und B Turnverein Herborn konnte auch diesmal wieder als Sieger hervorgehen. Es spielten in Klasse A: Herborn 1 Diez 1 95:90; Herborn 1 Billmar 1 68:62; Herborn 1 Braunsfels 1 95:86; in Klasse B: Herborn 2 Billmar 2 79:53; Herborn 2 Diez 2 67:35; Herborn 2 Braunsfels 2 59:45. — Zum erstenmal wurde innerhalb des Lahn-Dillgaues auch die Meisterschaft im Fußball ausgetragen, und war die junge Mannschaft Herborn gegen die alten Kämpen von Limburg und Braunsfels ins Feld gezogen. Der Gaumeister Limburg konnte nur knapp mit 3 zu 2 Toren gegen Herborn gewinnen, ein Eckmeter der für Herborn den Ausgleich hätte bringen können, wurde leider nicht verwandelt. Herborn war nach Halbzeit sichtlich überlegen, das unentschlossene, planlose Zusammenspiel der Stürmer von Herborn ließ aber keinen Erfolg aufkommen. Die Verteidigung war wie immer gut. Der Leiter des Spieles hat infolge der widrigen Platzverhältnisse Protest eingelegt und dürfte die Entscheidung noch einmal auf einem neutralen Plage zum Austrag kommen. Braunsfels unterlag gegen Limburg 2:0, und siegte gegen Oberdorf mit 4:0 Toren.

* **Reichsminister v. Prof. Hugo Preuß** wird Mittwoch abend in öffentlicher Wählerversammlung der Deutschen demokratischen Partei im „Rassauer Hof“, hier, sprechen. Für sämtliche Wähler ist es von großem Interesse, den geistigen Vater des Grundgesetzes des neuen Deutschlands kennen zu lernen. Prof. Preuß ist Staatsrechtslehrer. Sein Verfassungsentwurf ist in den Kreisen, in denen der preußische Partikularismus zu Hause ist, heftig angefeindet worden, weil er den Einheitsstaat anstrebt, der ohne eine wesentliche Schwächung der Vormachtstellung Preußens nicht zu erreichen ist. Die Gegner haben ihn deshalb den Zertrümmerer Preußens genannt. Er will jedoch nur das Wort Bismarcks verwirklichen, daß Preußen in Deutschland aufgehen müsse. Es ist zu erwarten, daß Herr Preuß in seiner Rede sich auch mit den ihm gemachten Vorwürfen auseinandersetzen wird.

* **(Bezirkshartell der christlichen Gewerkschaften Dill-Lahn, Dillenburg.)** Man schreibt uns: Am 28. Mai fand die erste Konferenz des Bezirkshartells für den Bezirk Dill-Lahn im Bahnhofshotel in Dillenburg statt; dem Kartell sind bis jetzt folgende christliche Berufsverbände angeschlossen: Der Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter, der christliche Metallarbeiterverband, der christliche Fabrik- und Transportarbeiterverband, der christliche Steinarbeiterverband, Tabakarbeiter, Holzarbeiter, Gestützwärter, christlicher Holzarbeiterverband, der christliche Lederarbeiterverband, der christliche Land- und Forstarbeiterverband und der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner. Gewerkschaftssekretär Sauer eröffnete die Konferenz und gab kurz einen Rückblick über die Entwicklung unserer Bewegung und betonte die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der christlichen Gewerkschaften zu einem Kartell. Das Bezirkshartell Dill-Lahn ist dem Hauptkartell in Siegen angeschlossen. In kurzer aber klarer Ausführung legte nunmehr der Kartellsekretär Flender-Siegen die Aufgaben der Kartelle klar. Er führte aus, unter den heutigen Umständen dürften die einzelnen Berufsgruppen nicht jede ihre eignen Wege gehen, sondern sich gemeinsam zusammenschließen um miteinander an der Aufgabe zum wirtschaftlichen Aufbau unseres Vaterlandes zu arbeiten. Die Kartelle müßten dahin wirken, daß alle Störungen im wirtschaftlichen Leben vermieden würden und der Aufbau des deutschen Vaterlandes unter Mitwirkung aller Stände sich vollziehe. Dann nahm Kartellsekretär Lug-Dillenburg das Wort, um die Satzungen des Bezirkshartells vorzutragen und bat dann um einstimmige Annahme der Satzungen und der Beitragserhöhung. Die Aussprache, an der sich fast alle Delegierten beteiligten, ergab einstimmige Annahme der Satzungen. Die Konferenz war einmütig vom dem Geiste befeuert, daß unser deutsches Volks- und Wirtschaftsleben nur aufzubauen sei, wenn alle Stände sich auf dem Boden der christl. und nationalen Weltanschauung stellen. Mit diesem Geiste wollen wir weiter arbeiten und unserer christlich-nationalen Bewegung zum Ziele verhelfen. In den Kartellvorstand wurden gewählt: Bergmann Robert H. Ransgenbach, 1. Vorsitzender; Sekretär Ewald Otto-Dillenburg, 2. Vorsitzender; Karl Wegershausen-Eibach, Schriftführer; Peter Gerhardt-Dillenburg, Eisenbahner und Wilhelm Hofmann-Bicken, Holzarbeiter, als Beisitzer.

* **(Abgrenzung der neutralen Zone.)** Von der interalliierten Ueberwachungskommission in Berlin ist die neu-

male Grenze innerhalb des Abschnittes 3 neu festgesetzt worden. Die östliche Begrenzung der 50-Kilometer-Zone im Abschnitt 3 reicht etwas in den Kreis Siegen und den Dillkreis hinein und verläuft folgendermaßen: Oberdresfendorfer (auschl.), Breitscheid (auschl.), Ousternhain (einschl.), Hüllgenborn (einschl.), Rodenberg (einschl.), Haieren (einschl.), Beilstein (auschl.), Rodenroth (einschl.), Biskirchen (auschl.). Von südlich Rodenroth bis zur Lahn fällt die Grenze der 50-Kilometer-Zone mit der Ostgrenze des Oberlahnkreises zusammen.

+ **Frankfurt a. M., 31. Mai.** Vor der Strafkammer wurde heute eine nicht alltägliche Kognakgeschichte verhandelt. Der Maler Peter Wegel stahl fünf Jah Kognak und wollte sie dem Kaufmann Hermann Stahl verkaufen, der behauptete, daß Wegel sie ihm selbst zuvor gestohlen habe. Stahl füllte, obwohl er mit Wegel nicht handelseinig geworden war, trotzdem den Kognak auf Flaschen. Während dieser Arbeit erschien ein anderer Kaufmann, dem der Kognak wirklich gestohlen war. Stahl bot 30 000 Mk. Entschädigung, die der Eigentümer zurückwies. Stahl gab schließlich die fünf Fässer zurück. Es stellte sich später heraus, daß er die Fässer vor der Rückgabe, mit Wasser gefüllt hatte. Die Strafkammer verurteilte Stahl wegen Betrugs zu 75 000 Mk. Geldstrafe und sechs Monaten Gefängnis, Wegel zu einem Jahr Zuchthaus.

Frankfurt. Die Stadtverwaltung hat sich an den Regierungspräsidenten von Wiesbaden gewandt, um ein Verbot der Holzkäufe durch nicht im Regierungsbezirk Wiesbaden beheimatete Holzhändler durchzusetzen.

Ludwigshafen a. Rh. Der in der Badischen Armee und Sodafabrik beschäftigte Ingenieur Imhoff, der im Krieg zuletzt als Hauptmann mitmachte und der unlängst von den Franzosen verhaftet wurde, ist von diesen wegen Diebstahls von Hausgegenständen in Frankreich zu 16 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Bei einer Hausdurchsuchung sollen ihm gestohlene Gegenstände gefunden worden sein.

Wien. In Mittelthüringen gingen schwere Gewitter mit Hagelschlag nieder. In der Rothensteiner Thier sind 90 Prozent der Getreideernte vernichtet.

Trier. Die große ehemalige Pionierkaserne hier ist Freitag ein Raub der Flammen geworden.

Berlin. Der preußische Krönungswagen steht noch immer im Marstall, seines weiteren Schicksals gewärtig. Das preußische Finanzministerium, dem das Inventar der Schloßer unterstellt ist, hatte ihn dem Kunstgewerbemuseum zur Uebernahme angeboten. Dieses hat jedoch abgelehnt, weil der Wagen einen besonderen kunsthistorischen Wert nicht besitzt; er ist ein Durchschnittserzeugnis der Wiener Zeit. Wahrscheinlich wird das Ministerium nochmals an dieses Museum herantreten; sonst dürfte er dem Hohenzollernmuseum überwiesen werden. Es haben auch Krönungswagen ihre Schicksale.

Beuthen. Der Arbeiter Schwirg ließ im Vorbeigehen einem französischen Soldaten gegenüber, in dessen Begleitung sich ein Straßennädchen befand, eine obfällige Bemerkung fallen. Darauf fiel der Franzose über ihn her und stieß ihm einen Dolch in den Rücken. Der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus übergeführt, in dem er hoffnungslos darniederliegt.

Letzte Nachrichten

vom 1. Juni.

Ueber den Putz.

→ Eine Erklärung des ehem. Kriegsministers Reinhard. Der frühere Kriegsminister Reinhard führte eine Unterredung mit einem Mitarbeiter des Berliner Tageblattes über die Putzvoorbereitungen und die militärische Lage das folgende aus:

Ein wesentlicher Teil der Nachrichten über die Vorbereitungen eines Putzschrittes erklärt sich ganz natürlich aus der gegenwärtigen umfassenden Umformung der militärischen Verbände. Wenn irgendwo, beispielsweise in Westfalen, Truppenteile aufzulösen, zerstreuen sich selbstverständlich die zur Entlassung kommenden Mannschaften, die ja durchweg in den Entlassungsorten kein wirtschaftliches Unterkommen finden können, nach allen Richtungen hin. Dabei reisen sie zuweilen in kleinen Trupps, u. a. auch nach Ostpreußen und ähnlichen Punkten. Das erweckt dann den Anschein von bestimmten Truppenbewegungen, die aber an sich gar nicht gefahrvolles zu sagen haben. Wenn aber anderswo tatsächlich Putzvoorbereitungen getroffen wurden — und daran ist nicht zu zweifeln — so haben die östlichen Reichswehrkommandos darauf acht zu geben. Darüber kann die Öffentlichkeit beruhigt sein, daß wirklich verfassungstreue Truppen in ausreichender Zahl vorhanden sind. Die Brigade Döberitz hat mit der gegenwärtigen Aufmerksamkeit und Bekämpfung von Putzvoorbereitungen nichts zu tun. Sie steht als unmittelbare Reserve dem Reichswehrminister zur Verfügung.

→ **Ueber die Lage.** — Keine nochmalige Ueberumpelung Berlins. Im Reichswehrministerium wurden dem Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“ über die Lage folgende Mitteilungen gemacht: Ein erneuter Ueberumpelungsversuch würde auf den schärfsten Widerstand stoßen. Die Regierung ist diesen Reichswehrtruppen sicher und abgesehen davon verfügt auch mit der Brigade Döberitz, für deren Haltung der Kommandeur Generals Reinhard eine sichere Bürgschaft ist und mit der Reichswehr über entschieden verfassungstreue Truppen in einer Anzahl und Bewaffnung, gegenüber der jeder Angriff als ausföhrlos gilt. Angesichts der Nachrichten über Putzvoorbereitungen rechts dürfen aber auch die unruhigen Bestrebungen auf der linken Seite nicht gering geschätzt werden.

→ **Von der Bankbeamtenbewegung.** Der Verband der Bankleitungen hat den Vermittlungsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums abgelehnt.

→ **Keine Verschiebung der Konferenz** in Spa. Laut Mailänder „Secolo“ wird die Konferenz in Spa nicht verschoben, sondern endgültig am 21. Juni stattfinden.

→ **Reorganisation der französischen Eisenbahnen.** Loucheur und einige andere Abgeordnete der Reorganisationen eine Gesetzesvorlage zur Reorganisation der Eisenbahnen ein. Nach derselben sollen dieselben von dem Staat zurückgekauft werden und dem Staate gehören. Der Staat soll sie aber nicht ausbauen, sondern sie sollen einer großen Gesellschaft unter Beteiligung der Arbeiterschaft übertragen werden. Die Gesellschaft soll ein Kapital von fünfzig Millionen zu beschaffen.

haben. Der Gewinn soll zu 33 Prozent den jetzigen Aktionären vorbehalten bleiben, ein zweites Drittel soll für die großen Gesellschaften, die Handelskammern usw. sein, der Rest soll öffentlich ausgeschrieben werden. Dann sollen 250.000 sogen. Aktien der Arbeit ausgeben werden, die das gemeinsame Eigentum des gesamten Personals bleiben sollen.

Ein Büro für die französischen Forderungen. Aus Paris wird gemeldet, daß in Paris ein neues Feststellungsbüro und Ausgleichsbüro für die französischen Forderungen an Deutschland, wie sie der Friede von Versailles vorschreibt und wie sie in allen kriegführenden Ländern errichtet wurden, eingerichtet worden ist. Das gemischte deutsch-französische Schiedsgericht, das Streitigkeiten schlichten soll, wird in Paris tagen, kann aber je nach Bedarf irgendwo anders zusammentreten.

Tirard über die Rheinlande. Der französische Oberkommissar für die okkupierten Rheingebiete Tirard legte dem Mainzer Korrespondenten des „Eggenfurter“, die Beziehungen zu der deutschen Bevölkerung seien gut. Während der letzten gegenrevolutionären Ereignisse in Deutschland sei das linke Rheinufer völlig ruhig geblieben. Die Haltung der französischen Truppen sei ausgezeichnet, und die unablässige gegen die Kolonialtruppen geführte Kampagne entbehre jeder Grundlage. Diese Kampagne sei ein Werk der Wilhelmstraße, das darauf ausgeht, in den Vereinigten Staaten, wo die schwarze Rasse in bedauerlicher Weise mißverstanden werde, Eindruck zu machen.

Ein neues Kohlensteuergesetz. Dem neuen Reichstag wird kurz nach seinem Zusammentritt ein neues Kohlensteuergesetz zur Beratung zugehen. Das bisherige Kohlensteuergesetz hat nur bis zum 30. Juni Gesetzeskraft. Während das bisherige Gesetz eine Abgabe von 20% verlangte, sieht der neue Gesetzentwurf eine neue Steuerabgabe in Höhe von mindestens 30% vor.

Die Gothaer Landtagswahlen. Die endgültigen Ziffern der Landtagswahlen in Gotha liegen vor. Danach erhielten Stimmen:

Die deutsche Volkspartei 12.686 (3 Mandate),
die deutschnationale Volkspartei 4217 (ein Mandat),
der Bauernbund 21.412 (fünf Mandate),
die deutsche demokratische Partei 7675 (ein Mandat),
die Mehrheitssozialisten 3925 (kein Mandat),
die Unabhängigen 37.800 (neun Mandate).
Die bisherige Mehrheit der unabhängigen Sozialdemokratie ist damit gesprengt.

Wagengefesselung

Am 26. 5.: angefordert 2520, gestellt 2093,5, Fehlziffer 426,5 Tonnen.
Am 27. 5.: angefordert 2115, gestellt 2048,5, Fehlziffer 66,5 Tonnen.
Am 28. 5.: angefordert 2040, gestellt 1997,5, Fehlziffer 42,5 Tonnen.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Otto W. d.

Anzeigen.

In No. 254 v. 4. 4. der „Frankfurter Zeitung“ erklärt der demokratische General z. D. Pöfner, daß 40.000 Mann Reichswehr, höchstens 50.000 genügen. Wenn die Feinde also eine neue Verminderung unserer Wehrmacht verlangen und sie durch Zwangsmaßnahmen oder erneute Besetzung deutschen Bodens zu erzwingen suchen, so können sie sich auf das Urteil dieses Demokraten berufen. Und wenn dann der bolschewistische Schrecken ausbricht und nicht zu bändigen ist, mag sich das Bürgertum bei den Demokraten bedanken. Also fort mit dieser Partei und wählt

Deutschnationale Volkspartei
Liste Helfferich.

Bauer paß auf! Der Fuchs geht um und will Deine Stimme zu den Reichstagswahlen. Wer hat Dir die Zwangswirtschaft gebracht? Die Konservativen und Alldeutschen, die jetzigen Deutschnationalen und die Volksparteiler. Wer hat den Antrag auf Abbau der Zwangswirtschaft eingebracht? Die Deutsche demokratische Partei. Wer hat ihn in der preussischen Landesversammlung in der Kommissionsführung zu Fall gebracht? Die Deutsche Volkspartei, die Partei Lohmann, dadurch, daß sie in der entscheidenden Sitzung fehlte, sodaß der Antrag mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde. Gib die Antwort bei der Wahl! Wähle die Liste der

Deutschen demokratischen Partei,
Schüking-Trieschmann-Preuß.

Bekanntmachung.

Vom 2. ds. Mts. ab befindet sich das Wirtschaftsbüro in den Räumen des Erdgeschosses im Vereinshaus, Kaiserstraße 28, erste Tür links. Stadtrichter Reiner übernimmt vom 1. Juni ab die Geschäfte der Stadtkasse.

Herborn, den 1. Juni 1920.

Der Magistrat.

Ich mache alle Bürgermeister und die viehhaltende Bevölkerung auf die vermehrte Gefahr der Einkleppung der Maul- und Klauenseuche in dem Dillkreis aufmerksam. Die Seuche tritt bereits in besonders verheerender Form in mehreren Nachbarkreisen auf. Die Bürgermeister wollen sich deshalb mit den Viehseuchenpolizeibehörden Bestimmungern erneut eingehend vertraut machen und diese mit aller Schärfe zur Durchführung bringen.

Der Kell. Landrat: v. Hanfmann.

Die in Nr. 122 ds. Bl. enthaltene Anzeige der Allgem. Ortskrankenkasse für den Dillkreis veranlaßt unterf. Verein, trotzdem er jeder Auseinandersetzung in Tagesblättern als zwecklos und die Lage nur verschärfend ablehnend gegenübersteht, zu nachstehender Richtigstellung:

1. Die Ärzte des Dillkreises haben nicht „ohne Grund den Kampf begonnen“. Es handelt sich bei dem ganzen Vorgehen überhaupt nicht um eine örtliche, sondern wie in jeder Zeitung zu lesen ist, um eine allgemeine, alle deutschen Ärzte gleichmäßig angehende Frage.

2. Die Angabe der Ortskrankenkasse, sie hätte den Ärzten des Kreises „mehr als das Zehnfache als vor der Kriegszeit geboten“ ist falsch: in der Vorkriegszeit wurde an die Gesamtheit der Ärzte des Dillkreises für jedes Kassenmitglied vierteljährlich Mk. 1.50, dazu noch für bestimmte Sonderleistungen ein Zuschlag bis zu 10 Prozent, und die Rechnungen von außerhalb des Kreises wohnenden Ärzten besonders gezahlt. Nach dem Vorschlag der Ortskrankenkasse bei den abgebrochenen Verhandlungen kämen auf sämtliche für die Kasse tätigen Ärzte etwa Mk. 3.— für das Mitglied und Vierteljahr, der Zuschlag für Sonderleistungen sollte wegfallen, und die auswärtigen Ärzte wären nicht mehr besonders bezahlt worden.

3. Die Behauptung, „es geht gegen den Bestand der Kasse als solche“, weisen wir entschieden zurück. Nicht um den Bestand der Kasse dreht es sich, sondern um die materielle Existenz der Ärzte. Das Bestreben der Ärzte geht dahin, Verträge abzuschließen, die für beide Teile annehmbar sind, und beiden, Kassen sowohl wie Ärzten, die Existenzmöglichkeit belassen.

Berein der Kassenärzte des Versicherungsamtes des Dillkreises e. V.
Der Geschäftsausschuß.

II. Bezirk des Vereins Nassauischer Land- und Forstwirte.

Die auf Samstag, den 5. Juni ds. Js. anberaumte Bezirks-Versammlung

im „Nassauer Hof“ in Herborn, ist auf
Samstag, den 12. Juni d. Js., nachm. 4¹/₂ Uhr,
verlegt.

Dillenburg, den 31. Mai 1920.

Der Bezirks-Vorsitzende.

Wehre dich,
gewerblicher Mittelstand.

Wir lehnen die Bergesellschaftung der Produktionsmittel im Sinne allgemeiner Verstaatlichung ab und halten, an der Privatwirtschaft als der regelmäßigen Betriebsform fest.

So die Demokraten in Nr. 123
des „Herborner Tageblattes“.

Neben den Großbetrieben wie Straßenbahnen, Gaswerken und ähnlichen, können

auch die kleinsten Kleinbetriebe,
wie Milchhandlungen und Grünkrämhandlungen
unter das Gesetz fallen.

So zu lesen im Entwurf des Kommunalisierungsgesetzes § 9. Dieses Gesetz stammt aus dem Ministerium des Innern, an dessen Spitze der Führer der Demokraten, Minister Koch, steht.

Kleinbetriebe, Geschäftsleute, Handwerker, gebt den Demokraten am 6. Juni die Quittung, indem Ihr wählt

Liste Helfferich!

Blech- und Wellblech-
Konstruktionen

Stabeisen = Bleche

Albert Knipp,
Herborn.

— Fernsprecher Nr. 177. —

Achtung! Wegen Raummangel zu verkaufen

Ein gut erhaltenes Orchesterion (Revolver-System) Philppswerk mit 4 Walzen, sowie ein gut erhaltenes Billard, fast neues Tuch, Wachstuchüberdecke, sowie Tischplatte, verstellbar, daher als Tisch zu benutzen, 12 Queue mit Ständer, Tafel, Regel, Aontrolluhr, 1 Satz Eisenbein- u. 1 Satz Papier-Masche-Bälle.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Wem gehört Deine
Stimme?

Denjenigen, die dich in den Krieg gehen, die das ganze Wirtschaftsleben, unter dem Du so fürchterlich infolge der Zerstörung von unermesslichen Werten und der Vernichtung von Millionen junger, blühender Arbeitskräfte leidest, über das Deutsche Volk gebracht haben?

Nein!

Deine Stimme, Du Kleinbauer, Du Beamter, Du Arbeiter, Du Frau, gehört nur der

sozialdemokr. Partei
Deutschlands,
der Liste Scheidemann!

1056

Ausverkauf.

Schwere und leichte Lastwagen
(bis zu 200 Ztr. Tragkraft),

sämtliches Pferdegeschirr und Ketten
etc. etc., wegen Aufgabe des Fuhrgeschäftes zu verkaufen.

Gasthaus zum weißen Roß, Burg (Dillkr.)
Telefon 202 (Amt Herborn).

Wähler u. Wählerinnen
in Stadt und Land!

Wollt Ihr Ruhe und Ordnung, verurteilt Ihr jeden Putsch, wollt Ihr den Volksstaat, aber keinen Klassenstaat, wünscht Ihr soziale Berechtigung für alle Volksschichten, dann wählt

die Liste der Deutschen
demokratischen Partei:
Schüking-Trieschmann-Preuß.

Wasserdichte mit Firma gezeichnete

Wagendecke

auf dem Wege Herborn-Herbornseelbach

verloren.

Gegen Belohnung abzugeben.

1964
August Daum.

Stenotypistin-Besuch.

Zu möglichst sofortigem Eintritt wird ein in Stenographie und Maschinenschriften gewandtes

Fräulein

auf ein Werkbüro gesucht.

Gefl. Angebote unter Nr. 1881 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Krieger-Berein Herborn.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, unsere Mitglieder davon in Kenntnis zu setzen, daß unser Kamerad, der

preuß. Forstmeister

Ferd. Walter Schüh

verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. Juni, nachmittags 5¹/₂ Uhr, statt.

Antreten 5¹⁰ Uhr bei der Fahne. Um zahlreiches Erscheinen bittet

1961

Der Vorstand.

Beamte!

Privatangestellte!

Können Sie mit der gegenwärtigen Regierung zufrieden sein? Hört, wie selbst ein Schriftleiter des „Vorwärts“ in der „Glocke“ urteilt: „Wir wissen alle zur Genüge, dass wir seit den Tagen der Revolution von Tag zu Tag ärmer geworden sind... das ganze Volk, von der äußersten Linken bis hin zur äußersten Rechten, fühlt die Unmöglichkeit, in den bisherigen Bahnen fortzuwursteln.“ — Er spricht damit der Lotterwirtschaft der Scheidemann, Bauer, Müller, Erzberger das Todesurteil. Aber nirgendwo zeigt sich die Mißwirtschaft der Regierung deutlicher, als in der Behandlung der

Beamten

und

Privatangestellten.

Geld ist da für Streiks und Arbeitslosen-Unterstützung und anderes mehr, aber für **Diätäre, Beamte, Ruhegehaltsempfänger** nichts als **Vertröstungen**.

Die **Angestelltenauschüsse** wurden bei Revolutionsbeginn **aufgelöst** und **Arbeiterräte** ersetzt.

Wie sieht es mit der „Freien Bahn der Tüchtigen“ aus?

Die **Berufskrankenkassen** der kaufm. Angestellten waren die **Zielscheibe** sozialdemokratischer **Erdrosselungspolitik**.

Regierungstützen und Novembersozialisten besetzen die Stellen, einerlei, ob sie vorgebildet oder befähigt sind.

Im Verordnungswege wurden diesen Ersatzkassen

Zwölf Millionen Mark

jährliche Beitragsanteile der Arbeitgeber einfach fortgenommen und Ortskrankenkassen zugeschickt.

Was seid Ihr aber zu fordern berechtigt?

Unkündbare lebenslängliche Anstellung, Erleichterung des stufenweisen Aufstiegs, Ausreichende Besoldung, Ruhegehälter, Hinterbliebenen-Bezüge, Ausbau der Beamtenrechte, Recht der freien Meinungsäußerungen in Wort und Schrift.

Die **Angestellten-Versicherung** ist diesen Leuten ein **steter Dorn im Auge**, bei dem **Betriebsrätegesetz** sollten die Angestellten vollständig an die Wand gedrückt werden.

Gibt deshalb diesen Leuten die Quittung und wählt die Partei, die eintritt für **Verbesserung des Einigungswesens und Tarifverträge, für Sicherung des Koalitionsrechts, für Neugestaltung des Patent- und Angestelltenvertragsrechts, für Verbesserung des Lehrlings- und Fortbildungsschulwesens, für Kaufmanns- und Angestelltenkammern.**

Wählt deshalb die Partei, die diese Forderungen vertritt:

Liste: Rieker, Kepp, Seibert. **Deutsche Volkspartei.** Liste: Rieker, Kepp, Seibert.

Wirtschafterin-Besuch.

Für Werkkantine mittelgroßen Betriebes, Wirtschafterin, welche tüchtig in Küche ist, gesucht. Angebote unter Nr. 1880 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Haar-Netze wieder in grosser Auswahl am Lager einfache Hauben-Netze Stück 4,00 Mk doppelte „ „ 5,50 „ Grosse Auswahl in Haarspangen, Pfeile Frisier-Kämme.

Modehaus Salomon, Giessen, Schulstrasse 4.

Größerer gebrauchter, aber tadellos erhaltener

Kassenschränk

für die Finanzkasse sofort zu kaufen gesucht. Angebote an

Finanzamt Dillenburg. 1911

Ein gut erhaltener **Kochofen** zu verkaufen.

Dillenburg, Zwingel 6. 1944

Freiwillige Sanitätskolonne vom **Roten Kreuz + Herborn (Dill)** Dienstag, den 1. Juni abends 8 1/2 Uhr im „Alten Hirsgrund“ **Versammlung.** Der Vorstand.

1 Herrenrad (Straßenrenner), 1 Schlafzimmerwinrichtung kompl., 2 Herrenmäntel, 1 Damenmantel, 1 Herd, 1 Sportboje mit Strümpfe, 1 Anzug zu verkaufen. 1954

W. Türk, hier, Chaldäergasse 11.

Ein schöner Simmentaler **Bulle** steht zu verkaufen. 1940 **Haus Nr. 84, Sinn.**

Wähler-Versammlung.

Am Freitag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, sprechen

Pfarrer Lic. Fresenius

über:

Der 6. Juni und die Deutschnationale Volkspartei,

Oberlehrerin Frl. Dr. Jordan

über:

Schulfragen.

Jedermann ist herzlich eingeladen.

1960

Freie Aussprache.

Deutschnationale Volkspartei.

Tüchtiger, zuverlässiger

Nachtwächter

für einen größeren Betrieb im Kreise Wehlar gesucht. Leicht Kriegsbeschädigter nicht ausgeschlossen.

Bewerbungen unter **U. Sch.** an die Geschäftsstelle ds. Bl. 1963

Mehrere tüchtige

Platzarbeiter

gesucht. 1931

Holzindustrie Ehringshausen (Kr. Wehlar.)

Älteres, pr. u. ehrl. in allen Hausarbeiten erfahrenes

Mädchen

für kleinen Haushalt gesucht. Gute Behandlung. Nähere Auskunft erfragen bei **Fritz Urien, Hauptstr. 1.**

Ein in allen Hausarbeiten tücht. Mädchen gegen hohen Lohn für hier gesucht. **Hotel Ferger Marienberg (Westertal)**

Tüchtiger

Knecht

gesucht. **Aug. Seifler Herborn.**

Heirat

Strebs. Landwirt ev., 27 Jahre alt, ev. Erbh., 176 cm groß, u. Gemüt sehr solid. Vermögen, wünscht braver Landwirtschafter Vermögen in Briefen zu treten zwecks **Heirat.** Ehrenschwiegenheit zugesichert. Off. mit Bild, w. zurückgesandt wird. **J. 1937 an die Geschäftsstelle ds. Bl.**

Deutsche Volkspartei!

Wähler-Versammlung

Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Nassauer Hof“

Es spricht

Generalsekretär Dr. Ramin

über:

Die Deutsche Volkspartei im neuen Reichstag.

Freie Aussprache.

Der Vorstand